



**Haus & Grund**<sup>®</sup>

Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.

Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg

Haus & Grund Bad Godesberg

**Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg** und **Haus & Grund Bad Godesberg** haben gemeinsame **Wahlprüfsteine** aufgestellt. Es handelt sich um Forderungen an alle maßgeblichen politischen Parteien, die sich am 13.9.2020 der Kommunalwahl in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis stellen. Beide Vereine vertreten in der Region 8.000 private Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer, deren Interessen sie wahrnehmen. Haus & Grund hat die Kandidatinnen und Kandidaten aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis sowie die zur Wahl stehenden Parteien gebeten, zu den Wahlprüfsteinen Stellung zu nehmen. Hier sind ihre Antworten:

### **Ashok Sridharan (CDU): Mietendeckel verhindert Wohnbau-Investitionen**

#### **Bauen und Wohnen**

Die Bearbeitung von Bebauungsplänen und die Erteilung von Baugenehmigungen werde ich vereinfachen und beschleunigen, damit Bauwillige schneller zur Realisierung ihrer Vorhaben kommen. Diesbezüglich konnten bereits 53 Bebauungspläne aktualisiert und insgesamt 84 neue aufgestellt, geändert oder aufgehoben werden. Mindestens 80 weitere werden folgen.

Zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren soll die Erteilung von Baugenehmigungen nach § 34 BauGB stärker in den Blick genommen werden. Ferner wird die Digitalisierung des Bauantragsverfahrens einen wesentlichen Fortschritt bringen und für mehr Transparenz, kürzere Bearbeitungszeit und schnellere Baugenehmigungen sorgen.

Dadurch soll mehr Wohnraum entstehen, auch preiswerter, öffentlich geförderter Wohnraum, ohne einen Mietendeckel vorzuschreiben, der Investitionen verhindert. Wir setzen vielmehr auf das Baulandmodell, wonach Investoren mindestens 40% preiswerten Wohnraumbauen und dafür anteilig vergünstigte städtische Grundstücke erhalten.

In Zukunft müssen wir Wohnraum dort schaffen, wo es eine gute Anbindung an den ÖPNV gibt und sich das Wohnen mit Arbeiten, Nahversorgung, Kinderbetreuung und Freizeitmöglichkeiten verbindet. Ein gutes Beispiel dafür ist die Rahmenplanung Bundesviertel, die genau das vorsieht und durch zusätzliche bauliche Hochpunkte Raum schafft.

Ferner werden wir bei der Entwicklung zusätzlichen Wohnraumes die Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis und seinen Kommunen in Gebieten stärken, die über einen schienengebundenen ÖPNV gut mit den Arbeitsplätzen in Bonn verbunden sind.

#### **Kommunale Gebührenpolitik**

Wie bisher in meiner Amtszeit soll es auch weiterhin keine Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer geben. Konsolidierung ist trotzdem möglich, wie die schwarzen Zahlen in 2017, 2018 und 2019 zeigen. Gerade angesichts der Folgen der Corona-Krise wären zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Menschen fatal.

Für Gebühren und Beiträge gilt, dass diese mit der größtmöglichen Transparenz und verständlich kalkuliert werden. Es muss für die Bürger\*innen nachvollziehbar sein, was sie wofür bezahlen. Investitionen in die Erschließung sind erforderlich, um eine bauliche Nutzung zu ermöglichen bzw. aufrechtzuerhalten. Nach der geltenden Rechtslage werden Grundstückseigentümer an diesen wertsteigernden Investitionen beteiligt. Seit 2020 gilt dies

bei den Straßenausbaubeiträgen nur noch zu 50% und mit großzügigen Regelungen für Stundungen und Ratenzahlungen.

Die von mir initiierte Sauberkeitsoffensive muss nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert werden. Dies gilt vor allem für die Fußgängerzonen und Einkaufsstraßen im gesamten Stadtgebiet und für die Wohngebiete.

### **Kommunale Kooperation**

Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis bilden eine Region. Deshalb können wir auch nur gemeinsam den Herausforderungen erfolgreich begegnen. Das ist gelebte Praxis!

Diese gute Zusammenarbeit hat zu einem engen Schulterschluss in der Bonn/Berlin-Frage geführt. Wir werden gemeinsam weiter darauf drängen, dass der Bonn-Berlin-Vertrag abgeschlossen wird. Dieser muss die Alleinstellungsmerkmale unserer Stadt und der Region berücksichtigen, d.h. die Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin festlegen und die Zukunft unserer Region sichern.

Eine noch engere Zusammenarbeit Bonns mit dem Rhein-Sieg-Kreis können wir durch eine gemeinsame Wirtschaftsförderung erreichen. Darüber möchte ich mit den anderen politischen Verantwortungsträger\*innen in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis beraten. Dadurch können wir unsere Attraktivität als Unternehmensstandort und Arbeitsmarkt stärken und für die gemeinsamen Gewerbegebiete werben.

Ausbauen müssen wir schließlich den regionalen ÖPNV. Hierzu bedarf es regionaler Schnellbuslinien und einer Taktverdichtung auf der Schiene. Beides ist bereits in die Wege geleitet. Für die Attraktivität des ÖPNV wäre auch ein regionales 365-€-Ticket von enormen Vorteil, für das ich mich weiter einsetzen werde.

### **Mobilität**

Die neuen Konzepte für eine bessere Mobilität in Bonn sind bereits in die Wege geleitet! Dabei setzen wir auf Lösungen, die Alternativen bieten und ohne Stigmatisierung einzelner Verkehrsteilnehmer\*innen auskommen. Ein gutes Beispiel dafür, wie das gelingen kann, ist, dass wir drohende Fahrverbote verhindert und trotzdem die Luftreinhaltewerte verbessert haben.

Bis Ende 2022 werden die Rheinauen-Radwege rechts und links des Rheins ausgebaut und ebenfalls insgesamt 36 Mobilstationen in unserem Stadtgebiet errichtet, an denen Fahrrad, Pkw und ÖPNV miteinander verknüpft werden. Natürlich mit Abstell- und Lademöglichkeiten für Fahrräder und Pkw. Das Fahrradmietsystem in Bonn funktioniert sehr gut. Wir wollen das Angebot weiter ausbauen und mit Kommunen in unserer Nachbarschaft ein einheitliches System etablieren. Dafür brauchen wir mehr Radwege, die die Region und Bonn verbinden. Auch damit haben wir bereits begonnen, wie der kürzlich eröffnet Radweg von Bornheim über Alfter nach Bonn zeigt. Eine Ost-West-Verbindung, eine zusätzliche Brücke für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen, die Errichtung weiterer Fahrradstraßen und „Protected Bikelanes“ sind Teil des Konzepts. Dafür werde ich mich auch in Zukunft einsetzen.

Die Verlässlichkeit des ÖPNV haben wir bereits steigern können und arbeiten gemeinsam mit den Stadtwerken weiter daran. Wichtig ist auch die Bezahlbarkeit des ÖPNV und eine umfangreiche Taktverdichtung, die ab 2023 erfolgt. Die dafür erforderliche Beschaffung zusätzlicher Straßenbahnen ist angestoßen. Unabhängig davon werden die Taktverdichtungen aus dem Lead-City-Projekt fortgesetzt! Auch ein gemeinsames 365-€-Ticket für die Region macht den ÖPNV attraktiv und bezahlbar.

Darüber hinaus benötigen wir noch zusätzlichen schienengebundenen ÖPNV in den Bonner Westen. Pläne dafür liegen auf dem Tisch. Eine rechtsrheinische Stadtbahnlinie ist erforderlich, um dort Pendlern eine Alternative zum Auto zu bieten. Auch ein zweigleisiger Ausbau der Stadtbahnlinie 18 auf der gesamten Strecke würde die Attraktivität des Angebots steigern. Genauso könnte eine Seilbahn Menschen, die im Bundesviertel oder im Universitätsklinikum arbeiten, zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen und so den Verkehr entlasten.

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass Home-Office verkehrsentlastend wirkt. Diese Erfahrung wollen wir im Projekt Jobwärts mit den großen Arbeitgebern\*innen der Region aufgreifen und umsetzen.

Unabhängig von der Notwendigkeit, den „Modal Split“ zugunsten des Fahrrads und des ÖPNV zu verändern, sollen die Innenstadtbereiche weiter für den motorisierten Individualverkehr erreichbar bleiben. Das dient Senioren, Menschen mit Gehbehinderung und Familien mit Kleinkindern gleichermaßen. Aus diesem Grund setze ich auf die mit der Digitalisierungsoffensive begonnenen Maßnahmen wie „Smart Parking“ und das neue Parkleitsystem sowie eine Attraktivitätssteigerung beim ÖPNV.

## **Klimaschutz**

Die Herausforderung unserer Zeit ist der Klimaschutz. Wir haben seit meinem Amtsantritt eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und Klimaneutralität bis spätestens 2035 als konkretes Ziel festgelegt. Hierzu erarbeiten wir zusammen mit externen Experten\*innen eine Strategie. Dabei sind unsere guten Kontakte zum Klimasekretariat der Vereinten Nationen und den Nichtregierungsorganisationen sehr hilfreich.

Das Umweltamt wird durch die noch stärkere Einbeziehung in Fragestellungen einen höheren Stellenwert erhalten. Außerdem soll es zukünftig auch im Umweltbereich eine\*n Experten\*in geben, der/die die Stadt berät, begleitet und auch antreibt.

Begrünte Dächer und Fassaden sowie Grünanlagen sind ebenso sinnvoll wie notwendig und müssen gefordert bzw. gefördert werden. Auch die Stadtentwicklung muss sich an Nachhaltigkeitskriterien messen lassen. Es ist selbstverständlich, dass Eingriffe in die Natur minimiert und dort, wo sie nach Abwägung zugelassen werden, auch auszugleichen sind. Das gilt für das gesamte Stadtgebiet und insbesondere für neue Baugebiete, auf die wir angewiesen sind, um den Wohnraum zu schaffen, den wir benötigen. Dabei werde ich auf ökologische Belange ebenso achten wie auf energieeffizientes Bauen.

## **Infrastruktur**

Wohlfühlstadt Bonn, das ist das Ziel, das ich mit meiner Amtszeit verfolge und weiterverfolgen werde. Bonn ist eine liebens- und lebenswerte Stadt mit einem attraktiven Angebot für Alltag und Freizeit. Dies kann noch weiter gesteigert werden, indem wir uns weiter um die Sanierung unserer in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Infrastruktur kümmern. Schulen, Sportanlagen und Kultureinrichtungen bieten ein hervorragendes Angebot, sind aber teilweise in einem baulichen Zustand, der – um es ehrlich zu sagen - beschämend ist. Daher habe ich umfangreiche Untersuchungen veranlasst, deren Ergebnisse inzwischen vorliegen und jetzt umgesetzt werden.

Hinsichtlich der Schulen haben wir Schulentwicklungspläne erstellt, auf deren Grundlage Sanierungen, Erweiterungen und Neubauten erfolgen. Sukzessive werden alle Schulen in einen Zustand versetzen, dass Lehrer\*innen und Schüler\*innen sie gerne besuchen. Das braucht Zeit, doch entscheiden ist: Wir haben begonnen und machen weiter.

Bezüglich der Sportanlagen habe ich eine Sportstätten-Entwicklungsplanung angestoßen, die gemeinsam mit dem Stadtsportbund und den Sportvereinen erarbeitet wurde. Als Konsequenz werden wir in den nächsten Jahren 150 Mio. € in die Sportanlagen investieren. Zusätzlich werden weitere Mittel für die Bäder in Bonn zur Verfügung gestellt werden. Es soll in jedem Stadtbezirk ein Hallenbad geben und alle Freibäder bleiben erhalten. Auch hier ist Grundlage ein Rahmenplan, der in den vergangenen Jahren zusammen mit dem Stadtsportbund und Schwimmvereinen erarbeitet wurde.

Ein Konzept habe ich ferner für die städtischen Hallen vorgelegt, die erhalten werden müssen, um Brauchtum, Kultur und Veranstaltungen in unserer Stadt zu sichern. Dieses Konzept umfasst die Fertigstellung der Beethovenhalle, einen Ersatz für die Stadthalle in Bad Godesberg und eine Sanierung des Brückenforums.

### **Lissi von Bülow (SPD): Deutlich spürbares Umsetzungsproblem**

Die von Haus & Grund aufgelisteten Wahlprüfsteine kann ich in nahezu allen Punkten unterschreiben! Ihre Forderungen zur Schaffung von mehr Wohnraum und dessen Anbindung an ÖPNV und Arbeit, nach modernen Mobilitätskonzepten, Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes, einer intakten Infrastruktur, Transparenz in der Kommunalen Gebührenpolitik und viel mehr kommunaler Kooperation teile ich.

Dies überrascht mich nicht und unterstreicht meine Überzeugung, dass es bei dieser Oberbürgermeisterwahl nicht um fundamentale inhaltliche Richtungsentscheidungen geht, sondern darum, wie wir endlich in die kraftvolle Umsetzung moderner konsensfähiger Ansätze von Flächen-, Wohnraum-, Gewerbe- und Verkehrspolitik kommen und Bonn hin zu einer modernen Stadt weiterentwickeln.

Wir haben in Bonn kein Ideen-, sondern ein ganz deutlich spürbares Umsetzungsproblem! Dies ist die Quintessenz all meiner Gespräche: ob mit Wirtschaft, Kultur, Wohlfahrt, Kirche oder Interessenvereinigungen. Was Haus & Grund als Wahlprüfsteine zusammengetragen hat, findet sich zu großen Teilen auch als Forderung in Wahlprogrammen und Forderungskatalogen anderer Interessenvereinigungen. Spätestens seitdem der fehlende Wohnraum auch ein Standortfaktor gegen Bonn geworden ist, bestreitet z.B. niemand mehr, dass es mehr Wohnraum, insbesondere auch mehr öffentlich geförderten Wohnraum braucht.

Auch über die Wege, die Sie hin zu mehr Wohnraum beschreiben, herrscht weitgehend Einigkeit: Ausbau von Wohnraum, bevorzugt im Innenbereich und entlang der ÖPNV-Infrastruktur, eher in die Höhe als noch mehr Boden zu versiegeln, eine deutlich schnellere Bauverwaltung. Aber auch beim ehemals hochumstrittenen Feld der Verkehrspolitik deuten sich Konsensmöglichkeiten an: attraktive Umsteigepunkte mit Mobilitätstationen, eine bessere Verkehrslenkung, Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, Förderung des Umstiegs auf das Rad durch entsprechend sichere und schnelle Radwegenetze und sogar die Ideen der Großprojekte, der vierten Bonner Rheinbrücke und die Prüfung der Seilbahn als Lückenschluss in der Ost-Westausrichtung der ÖPNV, finden breite Zustimmung.

Aufgabe einer Oberbürgermeisterin ist es nun, diese Chance eines sich andeutenden Konsenses in vielen Feldern zu nutzen, feste Zielvereinbarungen zu erarbeiten und einen Zeit- und Maßnahmenplan für alle Bereiche zu entwickeln. Dies erfordert eine andere, aktivere Ausfüllung der Rolle als bisher! Ich sehe meine Aufgabe darin, viel engagierter die Verwaltung zu führen, parteiübergreifend zu vermitteln, den Prozess zu moderieren und mich zu kümmern.

Sie fordern zu Recht eine viel stärkere kommunale Kooperation. Diese ist zwingend zu verbessern! Insbesondere bei den Themen Verkehr, Gewerbeansiedlung und Wohnen, aber auch bei der Weiterentwicklung des Standorts und der vertraglichen Absicherung des Bonn/Berlin-Beschlusses, kommt Bonn nicht alleine voran. Eine stärkere Zusammenarbeit und eine gemeinsame Interessenvertretung der Region gegenüber Land und Bund sind notwendig. Es muss ohne Ansehen der parteilichen Zugehörigkeit von Mandatsträgern das „Regionalteam Bonn-Rhein-Sieg“ gebildet und die Einflussnahmemöglichkeit gebündelt wahrgenommen werden.

Und auch bei der von Ihnen angesprochenen Kommunalen Gebührenpolitik wird es ohne ein gemeinsames politisches Arbeiten Richtung Land und Bund nicht gehen, um die finanzielle Situation Bonns zu verbessern und die Bürgerinnen und Bürger entlasten zu können. Es muss eine Altschuldenlösung für die Kommunen in NRW gefunden werden. Aufgaben, die übertragen wurden, müssen auskömmlich finanziert werden. Dies ist immer wieder einzufordern. Genauso ist die Frage der Anliegerbeiträge beim Straßenbau vom Land zu entscheiden. Die SPD macht sich für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stark.

Es ist Zeit für einen Stilwechsel in Bonn! Die von uns allen geliebte Stadt und Region bringen wir nur voran, wenn wir uns alle der viel stärkeren, auch parteiübergreifenden Zusammenarbeit öffnen und den Weg zu einem vertrauensvollen, gemeinsamen Arbeiten an den Zielen der Stadt und der Region finden. Dafür stehe ich.

#### **Katja Dörner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Dem Auto weniger Platz als bisher einräumen**

Wohnen und Arbeiten bestimmen in der Tat maßgeblich das Leben in der Kommune. Ihre Zukunftsfähigkeit wird dabei aber entscheidend von der Lebensqualität geprägt, in der sich Wohnen und Arbeiten gestalten lassen.

Unabdingbare Voraussetzung für die Stadtentwicklung gerade in einer Stadt wie Bonn ist ein gesamtstädtisches Flächenmanagement, in dem ganzheitlich geplant wird, welche Flächen zukünftig optimiert für welchen Zweck genutzt werden sollen. Flächen für Wohnen, Gewerbe- und Büronutzung sind ebenso zu definieren, wie die Frage, welche Flächen dringend freizuhalten sind, um uns nicht die Grundlagen zu ruinieren, die wir alle zum Leben dringend brauchen.

Die Innenverdichtung ist für die Schaffung neuen Wohnraums der entscheidende Hebel, wenn die fortgesetzte Versiegelung von Freiflächen begrenzt werden soll. Bei der weiteren Entwicklung müssen wir uns daher in erster Linie darauf konzentrieren, bereits versiegelte Flächen besser zu nutzen. Unter diesen Rahmenbedingungen müssen wir mehr Wohnraum schaffen und dazu im regionalen Zuschnitt Bebauungspläne aktualisieren, mehr Mut zur Höhe haben und die dann festgelegte Nutzung schneller möglich machen.

Wenn in Bonn neu gebaut wird, geschieht dies bisher hauptsächlich im hochpreisigen Segment. Als künftige Oberbürgermeisterin ist mir die Umsetzung einer Quote von 40% sozialen Wohnungsbaus bei mittleren und größeren Bauvorhaben ein besonders Anliegen. Die bereits vom Rat beschlossene Stadtentwicklungsgesellschaft muss schnell zum Einsatz gebracht werden.

Ich setze mich dafür ein, dass für alle kommunalen Gebühren und ihre Erhebung vollständige Transparenz geschaffen wird. Die Bürger\*innen haben auf die Transparenz der Einnahmenseite genauso einen Anspruch wie auf der Ausgabenseite. Die Grundsteuern in Bonn sind hoch, die Stadt hat aber keinen finanziellen Spielraum, um sie zum jetzigen Zeitpunkt zu senken. Wir haben aber mit dem wirkungsorientierten Haushalt ein Instrument



zur Verfügung, das helfen kann, Spielräume für die Stadt zu identifizieren. Dieses wird aktuell zu wenig genutzt. Steuererhöhungen sind kein geeignetes Mittel zur Konsolidierung des kommunalen Haushalts. Einen Mietspiegel, der von Haus und Grund zusammen mit dem Mieterbund herausgegeben wird, ist für mich ein geeignetes Steuerungsinstrument.

Wollen wir zukunftsfähige und lebenswerte Innenstädte, müssen wir die Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, dem Auto weniger Platz als bisher einzuräumen. Selbstverständlich müssen mit einem mutigen Ausbau der Rad-Infrastruktur sowie einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Ablösung von Parkplätzen halte ich für ein sinnvolles Instrument, um den begrenzten öffentlichen Raum zum Nutzen aller zu verteilen. Damit Menschen auch ohne eigenes Auto mobil bleiben, müssen die Car-Sharing-Angebote auf klimafreundliche Modelle erweitert und deutlich ausgebaut werden. Hierfür kann die Stadt entscheidende Impulse setzen.

Die regionale Kooperation ist ein wichtiger Schlüssel, um die Herausforderungen der Zukunft in Bonn erfolgreich zu bewältigen. Es gibt im Grunde kein wichtiges kommunales Thema, dass Bonn ohne die Region nachhaltig lösen könnte. Beispielhaft seien hier nur die Themen Klimaschutz, Flächen, Mobilität oder kulturelle Grundversorgung genannt. Interkommunale Gewerbeflächen, Ausbau des Bündnisses für Fachkräfte, gemeinsames Standortmarketing sind da ein absolutes Muss!

Die Mobilitätswende ist ein kommunales Megathema. Gelingt es uns nicht, den "modal split" nachhaltig und maßgeblich in Richtung Fußgängerinnen und Fußgänger, Radverkehr und ÖPNV zu verschieben, wird unsere Stadt im Dauerstau ersticken. Dies hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Stadt, sondern ebenso massive wirtschaftliche Konsequenzen. Mobilitätspolitik in Bonn heißt für mich: klimafreundliche, stressfreie und barrierefreie Mobilität für alle. Sie heißt: mehr öffentlichen Raum für die Menschen und den abgasfreien Verkehr. Überall in Bonn stockt der Verkehr, aber das Bonner Stauproblem lösen wir nicht mit mehr Straßen. Es gilt: Vorfahrt für Menschen, die zu Fuß gehen und das Fahrrad nutzen! Ich werde kreative Ansätze entwickeln, die eine andere Mobilität und eine kluge Verteilung und Vernetzung aller Verkehrsträger ermöglichen. Daher unterstütze ich

- Stärkung des ÖPNV insgesamt durch Dreiklang von Takt, Preis und Zuverlässigkeit. Der Ausbau des ÖPNV inklusive bezahlbarer Tickets, eines günstigen Job-Tickets für Alle und attraktiver Mobilitätsstationen für den unkomplizierten Übergang zwischen den Verkehrsmitteln
- Autofreie Innenstadt ohne Durchgangsverkehr mit Ausnahmen für Menschen mit Behinderung sowie Gewerbe Micro-Hubs, eine digitale Verkehrslenkung, das betriebliche Mobilitätsmanagement sowie das Rad-Mietsystem werden für die Umsetzung der Mobilitätswende unbedingt notwendig sein.

Der begrenzte öffentliche Raum ist zum Nutzen aller zu verteilen. Damit Menschen auch ohne eigenes Auto mobil bleiben, müssen die Car-Sharing-Angebote auf klimafreundliche Modelle erweitert und deutlich ausgebaut werden.

Zum Klimaschutz: Es ist höchste Zeit, Bonn zu einer grünen und klimafreundlichen Stadt zu machen. Folgende Projekte sind dazu unabdingbar:

- Klimainvestitionspaket von mindestens 40 Millionen Euro jährlich
- Photovoltaikanlagen bei allen Neubauten und auf allen städtischen Gebäuden
- Klimafreundliche Antriebe im gesamten ÖPNV und eine autofreie Innenstadt.

Die Bonner Infrastruktur ist in vielen Teilen marode. Insbesondere das städtische Gebäudemanagement muss deshalb endlich zukunftsfähig aufgestellt werden, um den Sanierungsstau aufzuarbeiten. Dabei sollten Kitas und Schulen als Zukunftswerkstätten die oberste Priorität haben. Das Bäderkonzept sollte entsprechend dem Bürgergutachten umgesetzt werden, über die Details sollten die Stadtbezirke entscheiden. Ein Hallenkonzept

ist seit Jahrzehnten überfällig, die Beschlüsse bestehen seit den 90iger Jahren, kein OB hat das bisher je ernst genommen.

### Stadtratskandidat Frank Thomas (für die FDP): Baugenehmigungen beschleunigen

Bonn wächst. Bis 2040 rechnen wir mit einem Anstieg der Bevölkerung auf bis zu 365.000 Einwohner. Die Zahl der täglich in die Stadt pendelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt bei 56%. Zahlen, die eindrucksvoll darlegen, wie knapp der Wohnraum in Bonn ist. Ausreichender Wohnraum ist jedoch eine Grundvoraussetzung für Bonn als Wirtschafts- und Arbeitsstandort und die Steuereinnahmen der Stadt.

Zwar hat der Stadtrat in den letzten Jahren ausreichend Bebauungspläne auf den Weg gebracht, aber die Umsetzung bleibt leider hinter dem Bedarf zurück. Die Bonner Freidemokraten streben unter anderem deshalb eine intensivere Zusammenarbeit der Stadt Bonn mit dem Rhein-Sieg-Kreis an. So sollen Wohn- und Gewerbegebiete über die Stadtgrenzen hinaus gemeinsam entwickelt werden, mit einer fairen Aufteilung der Lasten und Erträge.

Auch bezahlbarer Wohnraum ist in Bonn knapp. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für den sozialen Wohnungsbau ein. Dabei dürfen überbordende Bauvorschriften ihn nicht unfinanzierbar machen. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir die städtische Tochterfirma Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG (VEBOWAG) mit dem nötigen Kapital ausgestattet und wollen in der Zukunft städtische Grundstücke an die VEBOWAG verkaufen.

#### Kleinteiliges auf den Prüfstand

Eigeninitiativen von Eigentümern wollen wir fördern und setzen uns für die Beschleunigung von Baugenehmigungen ein. Wir werden die Stadt dazu drängen, hier schneller tätig zu werden. Regelungen, die den Besitzern unverhältnismäßig kleinteilige Vorschriften zum Erscheinungsbild ihrer Immobilie machen, wollen wir auf den Prüfstand stellen. Wir treten dafür ein, dass sämtliche Baugenehmigungsverfahren nach Registrierung in einem „Bauportal Bonn“ vollständig online abgewickelt werden können.

Sobald es die städtische Haushaltslage wieder zulässt, wollen wir finanzielle Entlastungen vornehmen. Wir werden die aktuelle Höhe der Grundsteuer B überprüfen und wenn möglich senken. Eine Verringerung kommt allen zu Gute. Sie würde zu niedrigeren Nebenkosten führen und so auch die Mieter entlasten. Die Freien Demokraten werden darauf achten, dass die Umsetzung der geplanten Grundsteuerreform nicht zur Mehrbelastung der Betroffenen führen. Darüber hinaus müssen städtische Einrichtungen – Unternehmen wie die Kernverwaltung – solide wirtschaften, damit es nicht zu unangemessenen Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt.

Ein stadtplanerisch äußerst wichtiges Projekt der Stadt ist die Rahmenplanung für das Bundesviertel, welches die Freien Demokraten grundsätzlich begrüßen. Sie macht die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung von Stadt und Region mit den zur Verfügung stehenden Flächen sichtbar. Dabei nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sorge um eine zu starke Flächenverdichtung ernst. Deshalb wollen wir besonders bei größeren Bauvorhaben mehr Bürgerwerkstätten durchführen. Eine Umsetzung des Rahmenplans kann in diesem Sinne erst im Zuge eines größeren öffentlichen, politischen und fachlichen Diskurses erfolgen, der in den nächsten Jahren geführt werden muss. Die Rheinaue als „grüne Oase Bonns“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich Bauprojekte auch an dem Erhalt von wichtigen Grünflächen orientieren müssen.

Die Bonner Wohnqualität steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einem gut funktionierenden Verkehr. Die Rahmenbedingungen für den Verkehr in Bonn bringen jedoch einige Herausforderungen mit sich, die es zu bewältigen gilt. Durch die geographische Lage der Stadt, eine Knappheit an Flächen und die erheblichen Ströme von Ein-, Aus- und Binnenpendlern sind besonders innovative und effiziente Mobilitätslösungen gefragt. In ihrem Kommunalwahlprogramm 2020 stellen die Freien Demokraten eine Fülle wichtiger Maßnahmen zur deutlichen Entspannung der Bonner Verkehrssituation vor.

### **Positionen von Die LINKE in Bonn: Gegen pauschale Geschosserhöhung**

Wir unterstützen die Forderung von Haus & Grund, mehr Wohnraum in unmittelbarer Nähe zu Arbeitsplätzen durch verbindliche Regelungen in Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen zu sichern. Eine solche Nutzungsmischung muss auch politisch gegen widerstrebende (Investoren-)Interessen durchgesetzt werden. Bislang sind uns etwa im Bundesviertel die Vorgaben für den anteilig zu verwirklichenden Wohnungsbau zu unkonkret, sodass wir dem Rahmenplan u.a. deshalb nicht zustimmen konnten.

Wir freuen uns, dass sich Haus & Grund für „erhebliche Anstrengungen“ im öffentlich geförderten Wohnungsbau ausspricht. In Bonn sind in den letzten zehn Jahren über 3.000 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Wir wollen das „Baulandmodell“ deshalb deutlich verschärfen. Es soll zukünftig 50% geförderten oder preisgebundenen Wohnungsbau vorsehen und bereits ab acht Wohnungen gelten. Zusätzlich soll die Stadt über eine Entwicklungsgesellschaft und durch Vorkaufssatzungen selbst für die Schaffung von entsprechendem Wohnraum sorgen.

Dem Personalmangel bei der Stadtverwaltung im Bereich des Planungs- und Bauordnungsrechts wollen wir begegnen. Wir haben uns den Personaleinsparungen der Vergangenheit entgegengestellt, weil nur eine ausreichend ausgestattete Verwaltung gute und zügige Leistungen für alle Bürger\*innen erbringen kann.

Es ist grundsätzlich richtig, vorrangig bereits versiegelte und Flächen im Innenbereich für eine veränderte oder intensiviertere Nutzung vorzusehen. Jedoch sind hier unter Berücksichtigung architektonischer, städtebaulich-gestalterischer, ökologischer und denkmalpflegerischer Gründe Einzelentscheidungen notwendig – eine pauschale Geschosserhöhung oder gar Veränderung von Bebauungsplänen lehnen wir ab. Eine verstärkte Nutzung von Baugeboten und eine Reduzierung der Stellplatzanforderungen für innenstadtnahe oder gut erschlossene Viertel unterstützen wir.

Die regionale Kooperation bei der Entwicklung von Flächen wird oft gefordert. Vor zu großen Erwartungen bei unterschiedlichen Interessenlagen der Kommunen sollte man sich jedoch hüten. Wenn es zu fairen Lösungen mit einer gerechten Teilung von Kosten und Einnahmen kommt und das Gebiet ökologisch verträglich erschlossen und genutzt werden kann, befürworten wir solche Vereinbarungen.

Soweit haushälterisch vertretbar, setzen wir uns für eine Absenkung der Grundsteuer ein, um die Wohnkosten zu senken. Wenn notwendig, sehen wir eher im Bereich der Gewerbesteuer zusätzliche Einnahmen vor. Wir wollen den Sanierungsstau bei städtischen Gebäuden abarbeiten, Schulen herrichten und ein dezentrales Bäderkonzept umsetzen.

Unsere Fraktion hat in den letzten Jahren aufgedeckt, dass die Stadt Millionenüberschüsse aus den Abwasser- und Abfallgebühren erwirtschaftet hatte. Wir konnten erreichen, dass diese Überschüsse zügig an die Gebührenzahler\*innen erstattet werden. Das hat



Eigentümer- und Mieter\*innen entlastet. Wir werden auch zukünftig auf realistische Kalkulationen achten und mögliche Entlastungen einfordern.

Aus unserer Sicht führt an einer grundlegenden Verkehrswende aus ökologischen und sozialen Gründen kein Weg vorbei. Sie macht die Innenstädte attraktiver für Fußgänger-, Radfahrer\*innen und den ÖPNV. Wir unterstützen den Ausbau des ÖPNV und alle Verkehrsprojekte, die PKW-Pendler\*innen zum Umsteigen bewegen können. Autobahnausbauten lehnen wir ab. Um die Zahl der PKW-Pendler\*innen zu reduzieren, soll die verpflichtende Jobticketabnahme bei neuen Bauvorhaben vertraglich vereinbart werden.

### **Bezirksbürgermeister-Kandidat Christoph Jansen (CDU) für Bad Godesberg: Wohnraum in allen Preissegmenten schaffen**

Der Stadtbezirk Bad Godesberg hat riesiges Potenzial als Wohn- und Arbeitsort mit hoher Lebensqualität. Dieses Potenzial gemeinsam mit vielen engagierten Kräften zu heben, ist mein wichtigstes Ziel für die kommenden Jahre. Perspektivisch kann Bad Godesberg ein attraktiver Hochschul- und Kulturstandort werden.

Die Innenstadt muss neugestaltet werden. Dafür braucht es eine Grundsanierung mit dem Ziel, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, die Innenstadt stärker zu begrünen und freies WLAN zur Verfügung zu stellen. Die Umgestaltung möchte ich flankieren mit einer „Initiative Innenstadt“, die zum Ziel hat, dauerhaft den Einkaufs-, Erlebnis-, und Wohnstandort zu sichern, der auch in Zeiten des Online-Handels und der Corona-Pandemie besteht. Wichtige Bausteine sind dabei auch ein neues Kurfürstenbad sowie ein saniertes Schauspielhaus als Anker der Bad Godesberger Kulturszene.

Zu einem Stadtbezirk mit 75.000 Einwohnern gehört für mich selbstverständlich auch ein vollwertiges Bezirksrathaus. Ich werde dafür kämpfen, dass in Bad Godesberg zukünftig wieder an fünf Tagen in der Woche Bürgerdienste angeboten werden.

Den Bad Godesberger Tagungs- und Hotelstandort müssen wir weiter pflegen und ausbauen. Dass der Große Saal der Stadthalle nicht mehr zu retten ist, sollten wir als Chance verstehen, die Stadthalle als wichtigen Tagungs- und Messeort für Unternehmen, Aussteller und Eventveranstalter aus der Region sowie als Treffpunkt und Veranstaltungsort für Bad Godesberger Vereine neu zu denken und zukunftssicher aufzustellen. Meine Vorstellung ist, dass wir im Herzen des historischen Ensembles einen neuen Großen Saal bauen, der klimaneutral, barrierefrei und selbstverständlich mit modernster Tagungstechnik ausgestattet ist. Dieser Neubau muss jetzt ohne Verzögerung angegangen werden, gleichzeitig müssen wir so seriös planen, dass eine „zweite Beethovenhalle“ verhindert wird.

Perspektivisch bleibt es das Ziel, Bad Godesberg als Hochschulstandort zu etablieren und die Kurfürstliche Zeile zu diesem Zweck zu sanieren und umzubauen. Der Fachbereich Cybersicherheit ist nicht nur deshalb dafür prädestiniert, weil mit der Deutschen Telekom und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bereits zwei wichtige Akteure vor Ort sind. Für Bad Godesberg würde die zukunftssträchtige Ansiedlung eines Studienganges eine echte Belebung der Innenstadt mit positiven Auswirkungen auf die Gastronomie bedeuten.

Bei (Wohn)bauprojekten muss es gelingen, einerseits der wichtigen Aufgabe der Schaffung neuen Wohnraums in allen Preissegmenten nachzukommen, andererseits die Qualität Bad Godesbergs als Wohnort zu erhalten, der beispielsweise durch die herrlichen Alleen und Parks bestimmt wird. Als Vermittler und Ermöglicher kann der Bezirksbürgermeister hier eine wichtige Rolle spielen.

Im Bereich Mobilität werden wir im kommenden Jahr mit der Einrichtung einer Fahrradstation am Bahnhof einen wichtigen Schritt machen. Perspektivisch sollten wir eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 63/16 bis nach Mehlem und der Linien 61/62 von Dottendorf über Friesdorf bis Hochkreuz anstreben und einen Shuttle-Bus in hoher Frequenz zwischen Meckenheim und Bad Godesberg einführen, um den Pendlerstrom von der A 565 einzudämmen.

### **SPD-Fraktionschefin Angelika Esch und Spitzen-Kandidat Gabriel Kunze für Bad Godesberg: Ernst machen mit preiswertem Wohnen**

Wir unterstützen es, mehr Wohnraum in der Nähe der Arbeitsplätze zu schaffen. Die großen Bonner Arbeitgeber\*innen müssen dafür gewonnen werden, Dienst- oder Werkswohnungen zu bauen. Die Stadt soll hier gemeinsam mit der Vebowag und den Stadtwerken als gutes Beispiel vorangehen und ihren Angestellten günstigen Wohnraum anbieten.

Bei allen Bauprojekten in der Stadt mit mehr als fünf Wohnungen soll der Anteil preisgebundener Wohnungen mindestens 50 Prozent betragen: 30 Prozent für geförderte Wohnungen sowie weitere 20 Prozent für mietregulierte Wohnungen. Der Verkauf städtischer Grundstücke muss zur Ausnahme werden. Die Stadt soll sie nach Möglichkeit eigenständig bewirtschaften oder in Erbpacht vergeben. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft Vebowag muss künftig jedes Jahr mindestens 400 Mietwohnungen bauen. Darüber hinaus müssen Planungszeiten verkürzt und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Das dafür erforderliche Personal werden wir einstellen.

Wir unterstützen auch die H&G-Forderung, in die Höhe zu bauen und nachzuverdichten. Viele Flächen eignen sich zur Überbauung, z.B. Parkplätze und eingeschossige Bauten wie Supermärkte. Der Ausbau einer Souterrain- oder Dachgeschosswohnung scheitert oft daran, dass Hauseigentümer keinen weiteren Parkplatz anbieten können. Die Anzahl der zu schaffenden Stellplätze sollte auf ein Minimum begrenzt werden, für Souterrain- und Dachgeschosswohnungen soll die Pflicht zur Schaffung von PKW-Stellplätzen ganz entfallen. Dem gesetzlichen Baugebot müssen wir Nachdruck verleihen und Eigentümer\*innen freier Grundstücke zum Bau oder Verkauf anhalten.

Mit dem Rahmenplan Bundesviertel, der auch Bad Godesberg maßgeblich tangiert, haben wir endlich ein Instrument, die Entwicklung des Regierungsviertels in den nächsten Jahrzehnten gezielt zu steuern und nicht nur Büros zu bauen. Der Rahmenplan verzahnt Wohnen, Arbeit und Freizeit. So reduzieren wir den Verkehr. Es müssen aber mehr Wohnungen entstehen als geplant und es muss auch in die Höhe geplant werden – die Rheinaue ist für mich dabei tabu.

Wir brauchen Rahmenbedingungen für gutes Wohnen. Dazu müssen Wohnnebenkosten sinken. Straßenausbaubeiträge müssen abgeschafft werden. Im Bonner Rat hat die SPD-Fraktion beantragt, keine Anliegerbeiträge mehr zu erheben. Dies fand leider keine Mehrheit. Wir werden uns weiter dafür einsetzen. Aus Sicht der SPD-Fraktion soll es weiterhin einen qualifizierten Mietspiegel geben.

Haus & Grund fordert eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Region. Wir stellen in den letzten Jahren verstärkt fest, dass die Stadt Bonn viel zu passiv ist. Doch gerade bei der Ausweisung von Gewerbeflächen ist die Kooperation mit den Nachbarkommunen essentiell. Insgesamt braucht es attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen, Handwerksbetriebe und natürlich auch um Bonn als Wissenschaftsstandort zu stärken. Verwaltungs- und Abstimmungsprozesse müssen beschleunigt, Anreize für Unternehmen hier zu bleiben sowie

für Startups sich hier anzusiedeln müssen gegeben sein. Dabei sind Fachkräfte der Schlüssel für eine starke Wirtschaft. Der Mangel an gut ausgebildeten Menschen hat bereits heute gravierende Auswirkungen. Daher müssen wir Beschäftigte qualifizieren.

Als UN-Stadt mit dem WCCB als Veranstaltungsort haben wir eine bedeutende Rolle und Potential in der Bundesrepublik. Doch Bonn findet kein Gehör mehr in Berlin. Die Stadtspitze war in den letzten Jahren viel zu passiv und hat Chancen vertan. Es darf keine weitere Abwanderung von Arbeitsplätzen nach Berlin geben – wir brauchen einen Bonn-Vertrag!

### **Das Spitzen-Duo der GRÜNEN für Bad Godesberg: Nicole Unterseh & Michael Wenzel Baulandmodell auch in Bad Godesberg umsetzen**

Bad Godesberg ist ein Stadtbezirk im Wandel mit großem Potential und viel Energie. Diese Energie wollen wir nutzen und mit den Bürger\*innen gemeinsam vor Ort die Zukunft gestalten. Wir Bad Godesberger GRÜNE treten bei Themen wie Umweltschutz, sozialem Zusammenhalt, Mobilität, Wohnen, Bildung, Kultur und Wirtschaft für einen ökologisch gestalteten, lebenswerten und zukunftsfähigen Stadtbezirk ein. Dazu gehören auch Inklusion und Integration. Außerdem setzen wir uns für einen weltoffenen und internationalen Stadtbezirk ein, in dem Rassismus, Hetze und Populismus keinen Platz haben.

Unser Wahlkampfmotto „Mehr GRÜN“ steht aber auch für die Bereiche Bauen und Wohnen. Was wir benötigen, ist eine klimagerechte und soziale Bodenpolitik. Unter anderem stehen wir dabei für eine Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, dem „Bonner Baulandmodell“. Damit werden private Bauherren verpflichtet, ihren Teil dazu beizutragen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ab einem gewissen Bauvolumen sollen dabei 40 Prozent der für Wohnzwecke vorgesehenen Bruttogrundfläche eines Neubaufvorhabens als öffentlich geförderter Mietwohnungsbau errichtet werden.

Grundsätzlich wollen wir Bauflächen künftig besser nutzen, um Versiegelung zu begrenzen und beispielsweise dem Geschosswohnungsbau unter Beachtung des lokalen Klimas eine Vorrangfunktion einräumen. Nachhaltiges Bauen heißt zum Beispiel Photovoltaik, energetisches Bauen und begrünte Hausfassaden. Die Aktivierung von Wohnungsleerständen, etwa im Bestand der BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben), Beispiel HiCoG-Siedlungen im Pennenfeld, und die Unterbindung von Wohnungszweckentfremdung haben für uns Priorität.

Der von der Stadt vorgelegte „Rahmenplan Bundesviertel“ überzeugt in der jetzigen Fassung nicht. Wir GRÜNE wollen, dass dem Wohnen ein viel höherer Stellenwert beigemessen wird soll als bislang im Rahmenplan vorgesehen. Dies muss Hand in Hand gehen mit einer umfassenden frühzeitigen Bürgerbeteiligung sowie mit guten Mobilitätsangeboten.

Deshalb machen wir uns stark für eine Verkehrswende, die diesen Namen auch verdient. So muss zum Beispiel die Mobilstation am Godesberger Bahnhof rasch Wirklichkeit werden. Wir müssen Radwege und Fahrradstraßen nicht nur optimieren, sondern vielmehr künftig an Radwegenetzen arbeiten. Kreuzungsbereiche für alle Verkehrsteilnehmer\*innen müssen sicherer gestaltet werden. Das heißt: Priorisierung und gute Erreichbarkeit der örtlichen Infrastruktur zu Fuß, mit dem Rad und dem ÖPNV.

Für die Bad Godesberger Innenstadt wünschen wir uns deutlich weniger Individualverkehr. Eine Maßnahme dazu ist eine bessere Verknüpfung zwischen der Fußgängerzone und dem Kurpark. Hierzu soll die Straße Am Kurpark (zwischen Post und Redoute) fußgängerfreundlich und weitgehend verkehrsberuhigt werden. Freie Fahrt soll es an dieser

Stelle nur noch für Busse, Lieferverkehr und RadfahrerInnen geben, also so wie bislang schon auf der Koblenzer Straße.

Seit einem Jahr stellen wir die erste GRÜNE stellvertretende Bezirksbürgermeisterin in Godesberg. Nach dem 13. September wollen wir erstmals die/den erste\*n grüne\*n Bezirksbürgermeister\*in stellen! Fest steht für uns: Bad Godesberg muss grüner werden!

### **Landratskandidat Sebastian Schuster (CDU): Überdurchschnittlich viele Neubauwohnungen Wohnen und Arbeit: Mehr Flexibilität**

Die Mobilisierung und Sicherung von Wohnbauflächen im Rhein-Sieg-Kreis unterliegen seit Jahren hoher, in den letzten Jahren höchster Priorität. So wurde bereits in 2008 im rak (Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler) mit den Städten und Gemeinden der Region das „Regionale Handlungskonzept Wohnen 2020“ erstellt, mit dem Ziel, geeignete versorgungs- und ÖPNV-orientierte Wohnstandorte in der Region zu definieren.

Der sich abzeichnende Siedlungsdruck in großen Teilen der Region hat deutlich werden lassen, dass Fragen der nachhaltigen Nutzung (Wohnbauflächen, Gewerbeflächen, Freiflächen etc.) nicht mehr allein von einzelnen Kommunen, sondern gemeinsam beantwortet werden müssen.

Entsprechend wurden in einem in 2017 vom Rhein-Sieg-Kreis und allen seinen 19 Kommunen beschlossenen Leitbild die Bedeutung des Zusammenarbeitens herausgestellt und Leitlinien der künftigen Entwicklung aufgezeigt. Definiert wurden auch Voraussetzungen für ein regional gesteuertes Wachstum.

Eine in 2016 vom Institut Empirica erstellte „Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Rhein-Sieg-Kreis“ zeigt bis 2030 einen Neubaubedarf von 30.000 Wohneinheiten mit unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Teilräumen des Rhein-Sieg-Kreises. Um diesen unterschiedlichen Anforderungen Rechnung zu tragen, wurden in einem nächsten Schritt (2016/ 2017) Wohn-Teilraumkonferenzen mit den Kommunen durchgeführt. Zielsetzung war, die kommunalen Ziele angesichts der teilraumspezifischen Neubaubedarfe abzustimmen, einen Überblick über das gemeinsam mobilisierbare Flächenpotential zu bekommen, Vorschläge für Nachbesserungen zu machen und sich ggf. auf weitere zielführende wohnungspolitische Maßnahmen zu verständigen.

Über all dem war es das Ziel, die Zusammenarbeit der Kommunen bei der Wohnraumpolitik zu verbessern. Im Blick waren auch Überschwappeffekte aus den Oberzentren Köln und Bonn. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Hemmnisse für Bauflächenentwicklung insbesondere in der mangelnden Flächenverfügbarkeit, fachrechtlichen Restriktionen (Natur-,Umweltschutz etc.), der Dauer von Planverfahren bzw. Personalmangel liegen.

Um den öffentlich geförderten Wohnungsbau weiter nach vorne zu bringen, wurden in 2018/ 2019 Konferenzen mit Vertretern von Fördermittelnehmern und Wohlfahrtsverbänden durchgeführt. In allen Veranstaltungen wurde der zunehmende Druck auf den Wohnungsmarkt in allen Preissegmenten bestätigt und dringender Handlungsbedarf aufgezeigt.

Seit 2017 sind der Rhein-Sieg-Kreis und die kreisangehörigen Kommunen in dem Bundesforschungsprojekt NEILA (Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement) engagiert. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Projektes sind u.a. ein regionsweites Raumentwicklungsmonitoring, ein interkommunales Siedlungskonzept sowie ein interkommunales Ausgleichs- und Verteilungssystem.

Anlässlich eines Antrags der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE hat der Rhein-Sieg-Kreis in 2019 eine Handreichung zum Thema „Leben und Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis“ erstellt. Die Inhalte reichen von planungsrechtlichen/ städtebaulichen Instrumenten wie z.B. Baugebot, Städtebauliche Verträge oder Vorkaufsrecht, über Steuerungsinstrumente strategischer Bodenpolitik (z.B. Wiener Modell, Erbpacht) bis hin zu Best Practices der Innenentwicklung, ergänzt um Empfehlungen für Kommunen und Kommunalpolitik.

Ebenfalls Gegenstand der Handreichung waren Ausführungen zu der in 2017 neu eingeführten Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“, das den Gemeinden innerstädtisches Planen und Bauen erleichtern soll. Mit der Festsetzung von Urbanen Gebieten ist „die Nutzungsgemischte Stadt der kurzen Wege“ beabsichtigt. Verkehr soll vermieden und reduziert werden, lebendige öffentliche Räume sollen gefördert und die Nutzungsdichte erhöht werden.

Bei all den genannten Initiativen des Rhein-Sieg-Kreises ist zu berücksichtigen, dass die Planungshoheit - verfassungsrechtlich garantiert - bei den Kommunen liegt. Damit entscheiden ausschließlich die Kommunen über z.B. Art und Maß der baulichen Nutzung eines Baugebietes, die (Grün-)Gestaltung von Dachflächen, Anteile von sozialem Wohnungsbau je Baugebiet bis hin zur Anordnung von Baugeboten oder Beschluss von Stellplatzsätzen. Eine Beschränkung der Planungshoheit erfolgt im Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden, die einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterliegen.

Die Aufgabe des Kreises beschränkt sich bei städtebaulichen Planungen auf die Prüfung öffentlicher Belange im Rahmen der Bauleitplanung oder die Einhaltung der Ziele von Landesplanung und Raumordnung als Untere staatliche Verwaltungsbehörde. Bauleitpläne sind aus dem Regionalplan zu entwickeln. In den Regionalplänen wird die aktuelle und zukünftige Siedlungs-, Infrastruktur- und Freiraumentwicklung auf der Grundlage eines kooperativen Erarbeitungsverfahrens untereinander abgestimmt. Inhaltliche Vorgaben ergeben sich aus den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsplanes, den bestehenden Planungen der Kommunen und der Träger der raumwirksamen Fachplanungen bzw. allgemeinen Träger öffentlicher Belange.

Der Rhein-Sieg-Kreis ist auch hier Träger öffentlicher Belange. Daneben kann er – soweit von den kreisangehörigen Kommunen gewünscht – als Interessensverstärker fungieren. Im derzeit laufenden Neuaufstellungsverfahren des Regionalplans hat der Rhein-Sieg-Kreis die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in den Gesprächen mit der Bezirksregierung Köln intensiv unterstützt und dabei mitgewirkt, soweit möglich, ausreichend Flächenkontingente für die betreffenden Kommunen zu sichern.

Ich bin mir bewusst, dass die Wohnraumnachfrage im Rhein-Sieg-Kreis weiterhin hoch und der Wohnraumbedarf noch nicht gedeckt ist. Dennoch können sich, so meine ich, die bisher erreichten Ergebnisse unserer gemeinsamen Bemühungen im Kreisgebiet durchaus sehen lassen.

Ausweislich der jüngsten Statistik von IT.NRW konnte die Zahl der neu gebauten Wohnungen im Rhein-Sieg-Kreis von 1.687 im Jahr 2018 auf 1.929 in 2019 gesteigert werden. Dies entspricht einer Zunahme von 14,3 Prozent (zum Vergleich: Land NRW +1,2 Prozent, Bonn -0,3 Prozent).

Auch bei der sog. Wohnungsbauquote (fertiggestellte Wohnungen je 10.000 Einwohner) schneidet der Rhein-Sieg-Kreis mit einem Wert von 31,9 überdurchschnittlich ab (NRW: 26,1, Bonn: 29,2).



## Landratskandidat Denis Waldästl (SPD): Jedes Jahr 500 neue geförderte Wohnungen

Wohnen, wie es zu mir passt – bezahlbar und individuell – egal ob zur Miete oder im Eigentum: Das Wohnen muss im gesamten Rhein-Sieg-Kreis bezahlbar sein. Mein Ziel sind jährlich 500 neue öffentliche geförderte Wohnungen mit der GWG Rhein-Sieg zu bauen sowie ein Leerstandskataster, eine Wohnraumaustauschbörse und ein aktives und kommunalübergreifendes Baulandmanagement einzuführen.

Ressourcenschonend Wohnraum schaffen: Der Rhein-Sieg-Kreis und Bonn müssen gemeinsam Anreize schaffen, dass leerstehende Einliegerwohnungen wieder auf den Wohnungsmarkt kommen und gleichzeitig Ausbaupotentiale von bestehenden Immobilien genutzt werden.

Chancen der Digitalisierung nutzen – kurze Wege, effiziente Bearbeitung: Die öffentliche Verwaltung muss die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Realisierung von Bauvorhaben zu beschleunigen und Bürokratie abzubauen. Gleichzeitig gibt es durch den digitalen Wandel die Chance mit sog. „ShareSpace“ – Arbeitsplätzen die Arbeit näher an den Wohnort zu holen – besonders im ländlichen Raum ein ökologischer und ökonomischer Gewinn.

Straßenausbaubeiträge: Ich setze mich dafür ein, dass die Straßenausbaubeiträge vollständig abgeschafft und durch finanzielle Zuwendungen des Landes an die Kommunen kompensiert werden. Die Grundsteuerreform nicht zu einer Mehrbelastung von Eigentümer\*innen und Mieter\*innen führen. Transparenz und Sparsamkeit bei kommunalen Gebühren: Wo immer möglich, sollte interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden, um Gebühren stabil zu halten. Zudem müssen Gebührenkalkulationen für Entscheidungsträger\*innen und Bevölkerung transparent veröffentlicht werden.

Das Jahrzehnt der Baustellen liegt vor uns. Dauerstau ist keine Option, weder ökologisch noch ökonomisch. Mein Ziel ist es die Verkehrswende sozial gerecht zu gestalten, indem wir neue, attraktive Angebote bei Bus, Bahn, Rad und Wasserbus schaffen und nicht über Fahrverbote in die individuelle Freiheit eingreifen.

Fahrten rauf, Preise runter: Mein Ziel ist es, durch neue Linien– auch als „on-demand“ – sowie Taktverdichtungen, durch Schnellbuslinien mit verkürzten Fahrzeiten und mit dem 1€ pro Tag Ticket den Nahverkehr attraktiv zu machen. Die „Lead-City“ Maßnahmen müssen dauerhaft etabliert werden. Neue Projekte wie die Stadtbahn Niederkassel, die Seilbahn in Bonn müssen prioritär geplant und umgesetzt werden.

Radpendlerrouten, eine echte Alternative: Wir brauchen im gesamten Kreisgebiet Radpendlerrouten und die Förderung von Lastenrädern, Ladestationen für E-Bikes sowie sichere Abstellplätze für den Umstieg auf den ÖPNV. Mobilitätsstationen müssen alle Verkehrsträger verbinden. Wasserbusse als Mobilitätschance: Der Rhein bietet sich an, um ihn mit einem Wasserbusnetz von Bad Honnef über Bonn bis Niederkassel als neuen Verkehrsweg zu nutzen.

Wasserstoff-Region Nr. 1 in Deutschland: Mobilitätswende und Innovation können gemeinsam gelingen. Ich will alternative und saubere Antriebe im Rhein-Sieg-Kreis fördern. Mein Ziel ist es, unseren Kreis zur Wasserstoff-Region Nr. 1 in Deutschland zu machen.

Besser geht's gemeinsam: Als Landrat werde ich gemeinsam mit den Bürgermeister\*innen im Kreis und der Bonner Oberbürgermeister\*in die kommunale Zusammenarbeit intensivieren. Wir brauchen eine gemeinsame Gewerbeflächen- und Gewerbesteuerpolitik in der Region. Der Bonn-Vertrag mit dem Bund zur Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes muss endlich geschlossen werden.

Klimaschutz: – nachhaltig, sozial, gerecht: Als Landrat will ich die Mobilitätswende, die Aufforstung und der Erhalt unserer Wälder, 100% erneuerbare Energien bei kreiseigenen Gebäuden und Unternehmen sowie die Umrüstung ihrer Fahrzeugflotten auf alternative Antriebe vorantreiben. Dachbegrünung, Wildblumenwiesen und weitere Maßnahmen müssen gefördert werden. Nach 21 Jahren Koalition aus CDU und GRÜNEN im Kreis ist klar: Grüner wird's nur mit der SPD.

### Positionen von Die LINKE im Rhein-Sieg-Kreis: Mehr Planungspersonal und ein Silikon Valley

DIE LINKE Rhein-Sieg plädiert für eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe, was die Nähe von Wohnraum und Arbeitsplatz begünstigt. Bebauungspläne sollen Mehrgenerationenwohnen und eben die Vereinbarung zwischen Leben und Arbeit fördern. Nach Auffassung der LINKEN soll die Kommune und der Kreis erheblich mehr für den sozialen Wohnungsbau tun und selber auch Bauprogramme aufsetzen und durchführen.

Wir fordern schon seit langem die Einstellung weiteren Planungspersonals. Darüber hinaus sollen die Kommunen und der Kreis im Rhein-Sieg-Kreis bei diesem Thema enger zusammenarbeiten, damit das Personal effektiver eingesetzt werden kann. Insbesondere kleine Kommunen haben erhebliche Probleme entsprechend qualifiziertes Personal vorzuhalten.

DIE LINKE hat im Rhein-Sieg-Kreis Kampagnen gestartet zum Dachgeschossausbau. Auch das Bauen in der zweiten Reihe soll nicht verboten, sondern gefördert werden. Natürlich soll auf den steigenden Wohnbedarf planungstechnisch reagiert werden. Der Bedarf muss gedeckt werden. Eine Zusammenarbeit der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn im Sinne eines regionalen Baulandmanagements wird begrüßt.

Die Reformierung der Berechnungsgrundlage der Grundsteuer ist dringend erforderlich, um bestehende Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Unabhängig davon sehen wir im Rhein-Sieg das Ende der Fahnenstange bei der Grundsteuer B erreicht. Wir wollen die Grundsteuer B in den Kommunen, wo diese extrem hoch ist, zurückführen. Mittelfristig muss die Finanzierung der Kommunen auf eine solidere Basis durch Bund und Land gestellt werden. Ein Mietspiegel ist schon lange ein Anliegen der LINKEN. Hierbei sollte der Maßstab, die bestmögliche Hilfe für den Mieter sein. Wir sind dagegen, dass durch fehlende Sanierung Anlieger gezwungen werden erneut Erschließungsbeiträge zu zahlen.

DIE LINKE Rhein-Sieg will die wirtschaftliche Regionalisierung fördern. Auf der einen Seite soll die Kooperation der kreiseigenen Städte und Gemeinden mit dem Kreis bei Themen wie der Beschaffung und der Bauplanung ausgebaut werden. Zwischen Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis soll die Zusammenarbeit beim Thema Verkehr und Schule intensiviert werden.

Eine grenzüberschreitende Schulversorgung für das längere gemeinsame Lernen. Darüber hinaus möchten wir die Energieversorgung mit erneuerbaren Energieformen durch kommunale Betriebe ausbauen. Hier könnte eine Zusammenarbeit mit Bonn sehr interessant sein. Auch bei dem Bedarf bei der Schaffung von Wohnraum kann der Kreis zwischen den Städten und Gemeinden und der Stadt Bonn vermitteln und koordinieren. Ein Programm für den sozialen Wohnungsbau würde diese Bemühungen komplementieren.

Wir fordern den Aufbau eines Silicon Rhein-Sieg oder Sieg Valley als Zukunftsregion. Die Zukunft sieht DIE LINKE in IT-Dienstleistungen und möchte junge Menschen frühzeitig an die Unternehmen im Bereich der Informationstechnologie heranzuführen. Aber auch im Bereich der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung und im Umweltbereich bestehen

Innovationspotentiale. Die Zusammenarbeit im Netzwerk „Bündnis für Fachkräfte“ ist auszubauen.

Das Thema Bonn/Berlin-Gesetz wurde trotz Anträge der LINKEN verschlafen. Die Beschäftigungsquote mit 37 Prozent auf 32 Prozent 2019 gesunken. DIE 50 Prozent sind nicht mehr haltbar. Daher muss der längst überfällige Diskussionsprozess in der Region starten welche möglichen Kompensationsmaßnahmen es gibt. Eine Möglichkeit ist den Ausbau zum IT-Standort zu forcieren.

Nach Meinung der LINKEN Rhein-Sieg ist ohne eine Verkehrswende der Klimawandel nicht aufzuhalten. Ein vollständiger Verzicht auf das Auto ist auf dem Land derzeit, aufgrund fehlender Alternativen, nicht machbar. Darum sind wir auf funktionierende Straßen angewiesen. Der Neubau von Straßen ist aber auch keine Lösung. Daher möchte ich das bestehende Straßennetz erhalten, jedoch auf Neubauten verzichten. Die dadurch freiwerdenden Gelder will ich in den Ausbau von Bus und Bahn stecken.

Im Rhein-Sieg-Kreis möchten wir den fahrscheinfreien kostenlosen ÖPNV flächendeckend im gesamten VRS-Gebiet einführen. Zur öffentlichen Mobilität gehört es, dass Haltestellen gut zu erreichen sind. Wir setzen uns für den Ausbau vorhandener Bahnstrecken unter ökologischen Gesichtspunkten wie beispielsweise der Siegtalstrecke ein. Dazu gehört, dass entlang der Strecke der Schallschutz ausgebaut wird. Neben der Verlagerung von Transportkapazitäten von der Straße auf die Schiene wird damit auch der Personennahverkehr auf der Schiene durch eine mögliche engere Taktung attraktiver.

Als Mobilitätsstationen sollen Park & Ride-Lösungen an allen großen Knotenpunkten zum ÖPNV aufgebaut werden. Hier sollen neben Autos auch (E-)Fahrräder sicher abgestellt werden können. Auch für weitere Kommunen wie Siegburg möchte DIE LINKE verkehrstechnisch ein Zonenkonzept einführen, Fußgängerzone/Anliegerzone/eingeschränkter Individualverkehr/ohne Einschränkungen.

Parallel sollen Alternativen wie ÖPNV; Fahrradwege; E-Roller u.a. ausgebaut werden. Die enge Innenstadt verhindert unter den aktuellen Bedingungen den Ausbau von sicheren Fahrradwegen. Daher muss durch ein Konzept einer geänderten Nutzung Platz für sichere Fahrradwege geschaffen werden. Dazu gehören auch sogenannte „Micro-Hubs“ und Mobility-on-Demand. Schließlich: Wir fordern eine neue Rheinbrücke mit Schienenverkehr.

DIE LINKE Rhein-Sieg möchte zukünftig keine zusätzliche Flächenversiegelung. Dazu gehört es auch, dass durch Begrünungsmaßnahmen das städtische Mikroklima beispielsweise durch Dachbegrünung positiv beeinflusst wird. Aktiv soll sich der Kreis in den Ausbau eigener regenerativer Energieformen in Kooperation mit den Städten und Gemeinden im kommunalen Besitz einbringen.

## Stellungnahme BBB Bürger Bund Bonn: Qualitative Entwicklung der Stadt

### Mehr Wohnraum

Vor 18 Jahren haben CDU, SPD und FDP die 2.482 städtischen Wohnungen an einen Privatmann statt an die städtische Wohnungsbaugesellschaft verkauft. Das rächt sich jetzt. Weil weiterer Mietskasernenbau in Bonn kaum verträglich umsetzbar ist, setzen wir uns für den Ankauf von Belegungsrechten für bestehendem Wohnraum, die Eigenheimförderung für sozial Schwächere, Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis und gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum ein. Für uns sind die Grenzen des verträglichen

Bauwachstums für Bonn längst erreicht. Die Stadt darf sich baulich nicht mehr quantitativ, sondern muss sich qualitativ entwickeln. Andernfalls verliert Bonn sein schönes Antlitz und die Bonner viel an Lebensqualität. Dachausbauten befürworten wir, die pauschale Forderung nach einem Zusatzgeschoss dürfte hingegen kaum umsetzbar sein. Dafür müsste das Ortsrecht in ganz Bonn neu gesetzt werden.

### **Grundsteuerreform**

Um die für den Großteil der Bonner Bürger drohende höhere Belastung weitestgehend abzufedern, hatte die BBB-Ratsfraktion dem Stadtrat Ende 2019 vorgeschlagen, im Rahmen der Grundsteuerreform keine strukturelle Erhöhung des Grundsteueraufkommens in Bonn vorzusehen. Der Antrag wurde von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

### **Gewerbeflächen**

Angesichts der bekannten Gewerbeflächenknappheit und der besorgniserregend einseitigen Entwicklung des Arbeitsmarktes wollen wir Gewerbe- u. Industriegebiete nicht für Wohn- oder Bürozwwecke freigeben, sondern für unsere Unternehmen vorhalten. Die von der Stadtspitze gewollte Verdrängung des herstellenden Gewerbes und Handwerks ins Umland lehnen wir ab. Die Entwicklung Bonns zu einem reinen Büro- und Dienstleistungsstandort muss gestoppt werden.

### **Gebühren**

Die Stadt vereinnahmt über den Gebührenhaushalt Beträge, die teilweise weit über den Ist-Aufwendungen liegen. CDU, FDP und Grüne genehmigen das und lassen städtische Anlagen vom Gebührenzahler refinanzieren, obwohl die Anlagen vom Bürger schon in der Vergangenheit längst doppelt und dreifach bezahlt wurden. Statt Rücklagen zu bilden, werden mit den vereinnahmten Gewinnen die Löcher im Haushalt gestopft. Das ist Abzocke.

### **Haushalt**

Bonn hat kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem. Es darf künftig nicht mehr Geld auszugeben werden, als vorher eingenommen wird. Zudem muss damit begonnen werden, die Ausgaben zu reduzieren. Die fiskalischen Geschicke unserer Stadt dürfen nicht länger der jetzigen Koalition der notorischen Steuergeldverschwender aus CDU, Grüne und FDP überlassen werden, die in den letzten sechs Jahren den Schuldenstand um weitere 200 Mio. Euro vergrößert hat. Wir wollen nicht auf Kosten unser Kinder und Kindeskinde leben, wie die verantwortungslosen Schuldenmacher, die jetzt an der Stadtspitze stehen!

### **Straßenverkehr**

Wir wollen Grüne Wellen auf den Hauptstraßen, mehr Regionalzüge auf der DB-Strecke Bonn-Köln, S-Bahnen bis Mehlem und eine Stadtbahn-Verbindung des WCCB mit dem Flughafen über Bonn HBF unter Nutzung der DB-Strecke, den sinnvollen Ausbau von Fahrradinfrastruktur, mehr Unterführungen für die DB-Strecken und treten für eine neue Rheinquerung bei Niederkassel ein. Linksgrüne Gängelei von Autofahrern, wie die Schließung des Cityrings, lehnen wir ab.

### **ÖPNV**

Bus- und Bahnangebote sind so zu planen, dass sie in der Praxis auch einzuhalten sind. Buslinien quer durch die Stadt sind zu vermeiden. Bleibt der ÖPNV auf den Strecken ungenügend, weil mal wieder Fahrer oder Technik ausfallen, sollten die Leistungserbringer mit spürbaren Sanktionen belegt werden. Angesichts von Schmutz, Vandalismus,

Schwarzfahrrerei und zunehmenden Bedrohungen im ÖPNV halten wir es für denkbar, wieder Schaffner einzuführen.

### **Klimanotstand**

Wir setzen auf energetische Sanierungen, Erneuerbare Energien und - wo finanzierbar - einen besseren ÖPNV, der mit Ökostrom fährt. Der in Bonn selbst gemachte Klimawandel durch Betonierung von aus naturfachlicher Sicht wertvollen Freiflächen und Frischluftschneisen und Baumrodungen muss gestoppt werden. Hält die rücksichtslose bauliche Verdichtung u. Versiegelung jeder noch so kleinen Grünfläche an, wird der Hitzestress in der Stadt spürbar zunehmen.